

Die Uno als Handlanger von Gentech-Konzernen!

Das Entwicklungsprogramm der Uno (UNDP) weist in seinem im Sommer 2001 publizierten Bericht «Human Development Report 2001» neuen Technologien wie der Gentechnik eine wichtige Rolle in der Bekämpfung von Hunger und Armut zu. Farmervereinigungen, Umwelt- und Konsumentenschutzorganisationen haben den Bericht deswegen heftigst kritisiert.

Schon seit einigen Jahren werben skrupellose – sonst nur auf ihren eigenen Profit bedachte – Biotech-Konzerne wie der US-Konzern *Monsanto* für ihre Produkte mit der Vorgabe, nur mittels genetisch veränderter Lebensmittel sei eine Lösung des Hungers auf der Welt möglich. Die Uno greift nun diese Argumentation auf, indem sie in der Entwicklung von «genetisch modifizierten Organismen» (GMO) eine Antwort auf das Problem der Unterernährung in Entwicklungsländern erwartet.

Afrikanische Delegierte der Welternährungsorganisation FAO haben schon 1998 gegen dieses Argument Stellung bezogen: «Die gentechnisch veränderten Saaten zerstören die Vielfalt der landesüblichen Anbauprodukte, drängen die örtlichen agrarfachlichen Kenntnisse zurück und damit die in Jahrhunderten gewachsene Fähigkeit, uns selbst zu ernähren.»

Uno fördert Abhängigkeit

Biotech-Konzerne besitzen für veränderte Gene Patente. «Reproduziert» jemand ein verändertes Gen, muss er bei dem betroffenen Konzern eine Lizenz dafür erlangen. Die Bauern dürfen aus ihrer Ernte also keine Saat für das nächste Jahr zurücklegen – wie es seit Jahrhunderten ihr Recht ist – , ohne für diese jeweils wieder zahlen zu müssen. Wer genetisch verändertes Saatgut bezieht, wird von den Gentech-Konzernen abhängig. Damit der Landwirt das Saatgut nicht illegal beiseite schaffen kann, wurde einigen gentechnisch-veränderten Getreidesorten ein «Terminator-Gen» eingebaut. Dieses bewirkt, dass das Saatgut steril wird und gar nicht erst auskeimen kann. Ähnliche neu hinzugefügte Gene koppeln Gene mit überlebenswichtigen Eigenschaften an einen «Gen-Schalter». Dieser Schalter wird erst angeschaltet, wenn die Pflanze mit bestimmten Chemikalien besprüht wird. Die Chemikalien werden natürlich von der gleichen Firma hergestellt wie das Saatgut. Wenn die UNDP gentechnisch veränderte Lebensmittel besonders armen Ländern empfiehlt, so treibt sie einen Kolonialismus voran, bei dem Landwirtschaften ganzer Länder von kapitalistischen, westlichen Grosskonzernen bestimmt werden.

Beispiel Asien

Es gibt schon jetzt viele Beispiele dafür, dass die Einführung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln nicht zu einer Linderung des Hungerproblems führt, sondern



die ungerechten Verhältnisse weiter verschärft. Die französischen Bauernführer *José Bové* und *François Dufour* beschreiben in ihrem Buch «Die Welt ist keine Ware», wie in Asien transgene Reissorten im Zuge der Industrialisierung der Landwirtschaft eingeführt werden. Es gab ursprünglich in Asien hundertvierzigtausend Reissorten! Welche Sorte angebaut wird, hängt von der Bodenfeuchtigkeit, der Höhe der Anbaugelände, dem gewünschten Geschmack und der gewünschten Form ab. Manche Sorten werden nur an Berghängen angebaut, andere nur in Ebenen. Die multinationalen Konzerne arbeiten bei ihren gentechnischen Versuchen nur mit fünf oder sechs Varietäten, die sich ausschliesslich für die intensive Landwirtschaft eignen und die Nahrungspflanzenkulturen in vielen Teilen Asiens verdrängen. In manchen asiatischen Ländern nehmen diese Varietäten bereits sechzig bis siebenzig Prozent der Reisbauflächen ein. Millionen von Bauern sind verarmt, weil sie das teure Saatgut nicht mehr kaufen konnten. Sie haben keine andere Wahl, als in die grossen städtischen Agglomerationen abzuwandern und dort Arbeit zu suchen, die sehr knapp ist. Die Folge ist weitere Unterernährung.

UNDP als Unternehmenspartner

Es drängt sich die Frage auf, warum das Entwicklungsprogramm der Uno trotz offensichtlicher Gefahren gentechnisch manipulierter Nahrungsmittel (siehe den Text auf der Rückseite zum «BT-Mais») und verheerenden entwicklungspolitischen Auswirkungen in seinem Papier dafür Werbung macht. Es liegt auf der Hand, dass davon die Biotech-Konzerne profitieren. Hat das UNDP dafür im Gegenzug Geld erhalten? Die Uno ist bislang eine vernünftige und ehrliche Erklärung für den Vorgang schuldig geblieben.

Unter Einfluss der USA, die durch die Verweigerung von Pflichtzahlungen Druck ausübt, hat seit den achtziger

Jahren eine starke Annäherung der Uno an multinationale Wirtschaftsunternehmen stattgefunden. Gemäss *James A. Paul* war es Ziel der politischen Entscheidungsträger in Washington, aus der Uno «ein getreues Instrument für die Globalisierung des Kapitalismus» zu machen. Im Gegenzug für die Finanzierung einzelner ihnen genehmer Projekte erhalten Wirtschaftskonzerne durch die UN-Projekte die Möglichkeit, ihr Image aufzumöbeln. Gerade das Entwicklungsprogramm der UNDP ging bei der Neubestimmung seiner Identität als «Partner der Wirtschaft» sehr weit. *Phyllis Bennis* beschreibt in ihrem Aufsatz «Mit der Wirtschaft aus der Finanzkrise?», wie das UNDP unter der Führung von *Mark Malloch Brown* 1999 radikal reformiert wurde. Brown, vorher hochrangiger Public-Relation-Manager der Weltbank, führt das UNDP wie ein klassisches Wirtschaftsunternehmen und hat als erste Massnahme den Personalbestand drastisch gekürzt. Die Aufgaben des UNDP sieht er weniger in Durchführung und Finanzierung verschiedener unabhängiger Entwicklungsprojekte, sondern nur in der Beratung von Projekten,

die von finanzkräftigeren Unternehmen gezahlt werden – sprich privaten Wirtschaftskonzernen.

Ein geplanter Fonds der UNDP spiegelt die in der Anpreisung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln zum Ausdruck kommende Haltung wieder. Der Fonds (GSDF), der wegen späterer massiver Proteste nicht realisiert wurde, sollte sich ausschliesslich aus Mitteln privater Unternehmen speisen und war dazu bestimmt zu zeigen, dass «Hilfe für die armen Entwicklungsländer auch profitabel sein kann» (*Naomi Klein*).

Literatur

James A. Paul, *Der Weg zum Global Compact. Zur Annäherung von Uno und multinationalen Unternehmen*. In: Brühl et. al. (Hg.), *Die Privatisierung der Weltpolitik*. ISBN 3-8012-0299-2

Phyllis Bennis, *Mit der Wirtschaft aus der Finanzkrise? Die drohende Vereinnahmung der Uno durch private Geldgeber*. In: Brühl et. al. (Hg.), *Die Privatisierung der Weltpolitik*. ISBN 3-8012-0299-2

José Bové, Francois Dufour, *Die Welt ist keine Ware. Bauern gegen Agromultis*. ISBN 3-85869-217-4

«BT-Mais»

Die Gefahren, die von genetisch veränderten Organismen ausgehen können, sind nach dem derzeitigen Forschungsstand nicht abzuschätzen. Dem «BT-Mais» der Firma Novartis z.B. wurde ein Gen des «*Bacillus thuringiensis*» eingebaut, das für die Bildung eines Giftes verantwortlich ist, das bei verschiedenen Insekten tödlich wirkt. Doch nicht nur Schädlinge werden von diesem Gift getötet, sondern auch Nützlinge wie Florfliegen, die durch BT-Gift abgetötete Insekten fressen. Das BT-Gift kann sich also in der Nahrungskette anreichern. Ausserdem ist bekannt, dass das Gift von den Pflanzen ins Erdreich abgegeben wird und dort stabil und aktiv bleibt. Die Artenvielfalt könnte dadurch gefährdet werden. Dem BT-Mais ist aber nicht nur ein Gen eingebaut worden. Zwei andere Gene sind sogenannte Markierungsgene. Mit ihrer Hilfe überprüfen die Forscher, ob die Übertragung der Gene auf das Erbgut der Pflanze geklappt hat. Eines dieser zwei Markierungsgene ist ein Gen, welches die Pflanze vor dem Herbizid «Basta» schützt. Besprüht man ein Feld mit «Basta», so gehen alle Pflanzen, ausser den BT-Mais-Pflanzen, zugrunde.

Versuche an Bienenvölkern, die in Feldern mit gentechnisch verändertem Raps ausgesetzt wurden, haben gezeigt, dass die veränderten Gene auf Bakterien, die im Darm der Bienen leben, überspringen können. Dies erklärt die Gefährlichkeit des zweiten Markierungsgenes. Es macht gegen das Antibiotikum Ampicillin unempfindlich. Wird dieses Gen auf Bakterien übertragen, so verbreitet sich eine Antibiotikaresistenz. Es können sich Bakterien entwickeln, die mit den herkömmlichen Antibiotika nicht mehr zu behandeln sind und die bei Mensch und Tier schlimme Infektionen verursachen können.



Mehr zu diesem Thema, in: Angres, Volker; Hutter, Claus-Peter; Ribbe, Lutz, *Futter fürs Volk. Was die Lebensmittelindustrie uns aufischt*. ISBN 3-426-27203-2.

Dieses Flugblatt kann bezogen werden unter www.buergergespraech.ch

Nein zum UNO-Beitritt am 3. März

Eidgenössisches Komitee für eine direkt-demokratische, neutrale und souveräne Schweiz, Postfach 2959, 8033 Zürich